

Bullinger, Siegfried

Article — Digitized Version

Kapitalexport - eine Alternative zur Ausländerbeschäftigung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bullinger, Siegfried (1974) : Kapitalexport - eine Alternative zur Ausländerbeschäftigung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 10, pp. 532-536

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134743>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kapitalexport – eine Alternative zur Ausländerbeschäftigung?

Siegfried Bullinger, Nürnberg

Vor dem Hintergrund der derzeitigen konjunkturellen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und der weitgehenden Zuwanderungssperre für ausländische Arbeitskräfte gewinnt die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der Ausländerbeschäftigung an Bedeutung. Soll die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im nachfolgenden Aufschwung wieder ungehindert zunehmen? Soll der erreichte Bestand an ausländischen Arbeitskräften eingefroren oder vermindert werden? Wenn ja, welche marktkonformen Möglichkeiten sollen eingesetzt werden, um dieses Ziel zu erreichen? Die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker haben bisher zu diesen Fragen noch keine klare Stellungnahme abgegeben.

Politische Verpflichtungen

In diesem Zusammenhang wird auch wieder die Forderung laut, man solle das Kapital zur Arbeit bringen und nicht weiterhin den umgekehrten Weg gehen. Die Bundesanstalt für Arbeit weist darauf hin, daß sich diese Auffassung aus sozialen, allgemeinen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Erwägungen heraus zunehmend durchsetzt¹⁾. Aus sozialen und humanitären Überlegungen ist diese Forderung zwar zu begrüßen, ihre Verwirklichung hängt jedoch von ökonomischen Kriterien ab. Die ökonomische Realitätsnähe dieser Forderung muß deshalb geprüft werden, weil Unternehmer nicht

¹⁾ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Repräsentativuntersuchung '72 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet und ihre Familien- und Wohnverhältnisse, Nürnberg 1973, S. 9; vgl. auch die Vorschläge des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Bulletin Nr. 57 vom 10. Mai 1974, S. 571 ff.

Dr. Siegfried Bullinger, 30, ist seit Oktober im Arbeits- und Sozialministerium in Stuttgart tätig. Zuvor war er Referent des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen.

aufgrund sozialer Notwendigkeiten, sondern nur aufgrund ökonomischer Gegebenheiten investieren können. Leider ist das Schlagwort vom Kapitalexport als Alternative zur Ausländerbeschäftigung bisher nicht hinreichend auf seinen ökonomischen Gehalt geprüft worden.

Im folgenden sollen nach einer Darstellung der Vor- und Nachteile der privaten Direktinvestitionen im Ausland die damit verbundenen Chancen zur Dämpfung oder Umkehrung des Ausländerzustroms abgeschätzt werden. Die Betrachtung muß sich dabei auf die Direktinvestitionen in den Herkunftsländern der in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer (Anwerbeländer) beschränken. Denn nur der Kapitalexport in diese Länder kann möglicherweise die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte bremsen und die Rückwanderung einleiten. Kapitalexperte in andere Länder könnten zwar das Arbeitsmarktproblem in der Bundesrepublik ebenfalls lösen, nicht aber der Arbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern abhelfen. Aufgrund der im Zuge der Ausländerbeschäftigung entstandenen politischen Verpflichtungen kann die Bundesrepublik sich dem Problem der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern aber nicht verschließen.

Vorteile der Kapitalausfuhr

Für private Kapitalexperte lassen sich sowohl aus einzel- als auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht positive und negative Argumente anführen. Hier sollen nur die wichtigsten kurz genannt werden²⁾.

²⁾ Vgl. zu dieser Diskussion u. a. Matthias Schmitt: Entwicklungshilfe als unternehmerische Aufgabe. Die Schlüsselfunktion der privaten Direktinvestitionen, Frankfurt a. M. 1965; Hubertus Seifert: Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, Köln und Opladen 1967; Thiessen und Georg Cordemann: Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer und Auslandsinvestitionen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 60, Berlin 1971; Dietrich Kerschull: Motive für deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 19, Berlin 1972, S. 16 ff.; Hans-Eckart Scharrer (Hrsg.): Förderung privater Direktinvestitionen, HWWA-Studien zur Außenwirtschaft und Entwicklungspolitik, Hamburg 1972.

Für die Kapitalimportländer sind die technischen und organisatorischen Erfahrungen („Know-how“) im Gefolge privater Kapitalexporte, die Risikoverlagerung auf den Investor und die Vermeidung des Schuldendienstes bedeutsam. Die Gegner privater Ausländerinvestitionen in diesen Ländern befürchten allerdings wirtschaftliche Enklavenbildung durch mangelnde Anpassung der Auslandsunternehmen an die sektorale Strukturpolitik, den Einsatz kapitalintensiver Produktionsverfahren bei hohem Arbeitskräfteüberschuß und zunehmende Fremdkapitalisierung der Wirtschaft des Kapitalimportlandes.

Für die Bundesrepublik Deutschland würde die Verlagerung eines Teils der Produktion in die Herkunftsländer der beschäftigten Ausländer

zur Einsparung von öffentlichen Mitteln hinsichtlich der sozialen Kosten führen, die sonst durch die Ausländerzuwanderung und die zu verlagernden Produktionsanteile (Umweltbelastung, Verkehrswesen usw.) verursacht werden,

zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität durch Auslagerung arbeitsintensiver und meist auch produktivitätsschwacher Produktionszweige im Sinne einer weitsichtigen Strukturpolitik beitragen und

durch die Freisetzung inländischer Arbeitskräfte aus den verlagerten Sektoren die tendenzielle Arbeitsmarkttension lindern.

Vorzüge der Anwerbeländer

Nachteilig könnte sich vor allem der Produktionsausfall im Inland und die damit verbundene Nachfragelecke auswirken³⁾. Entscheidende Bedeutung kommt letztlich den Argumenten der Unternehmerseite als dem Träger privater Auslandsinvestitionen für und wider diese Maßnahme zu. Positiv wird von den Unternehmern das niedrige Lohnniveau bei ergiebigen Arbeitsmarktverhältnissen vermerkt. Hinzu kommt die Vermeidung von Sonderkosten für die alternative Anwerbung, Betreuung und Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte sowie die Realisierung sonstiger Zielsetzungen (Gewinnung neuer Märkte, Umgehen von Einfuhrschranken, Sicherung von Rohstoffzulieferungen). Bremsend wirken hohe Investitions-⁴⁾, Zins- (Kapitalknappheit) und Transportkosten bei der Zulieferung von Vorprodukten und dem Absatz der Fertigprodukte auf die Investitionsfreude und die Ertragsaussichten, die sich aus dem niedrigeren Lohnniveau ableiten lassen könnten. Fehlende komplementäre Investitionsvoraussetzungen bei der Infrastruktur und beim Arbeitspotential bereiten ernste Schwierigkeiten.

Gerade beim Arbeitspotential liegt jedoch die große Chance der Anwerbeländer gegenüber an-

deren Entwicklungsländern. Die zurückwandernden Arbeitskräfte stellen aufgrund ihrer Erfahrungen ein wertvolles Arbeitskräftepotential für ausländische Investoren dar, das den Grundstock für die notwendige Belegschaft bilden kann. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Rückwanderer zum großen Teil darauf verzichten, sich mit ihren Ersparnissen meist wenig lebensfähige Kleinunternehmen einzurichten⁵⁾. Diese Entwicklung zu verhindern ist – auch im Rahmen einer sinnvollen Strukturpolitik – Aufgabe der Anwerbeländer. Kaum ein Unternehmer wird Auslandsinvestitionen tätigen, weil das Lohnniveau eines Landes relativ niedrig ist und der Arbeitsmarkt einen hohen Angebotsüberschuß an Arbeitskräften aufweist, wenn es diesen Arbeitskräften an der für die Produktion notwendigen Qualifikation und Arbeitsmentalität mangelt.

Aus den Bestands- und Einreisestatistiken der Bundesanstalt für Arbeit läßt sich das seit 1963 aus der BRD zurückgewanderte „industrienerfahrene“ Arbeitskräftepotential in den Anwerbeländern wie folgt schätzen⁶⁾:

Italien	820 000
Jugoslawien	260 000
Spanien	250 000
Griechenland	200 000
Türkei	190 000
Portugal	30 000

Selbst wenn man diesem aus einzelwirtschaftlicher Sicht entscheidenden Vorteil eine durchschlagende Bedeutung bei der Entscheidung zumißt, private Auslandsinvestitionen in den Anwerbeländern zu tätigen, bleibt die Frage offen, ob die für einen Abbau oder ein Einfrieren des Ausländerbestandes notwendigen Produktionsverlagerungen in diese Länder vom Umfang her möglich sind. Es muß also gefragt werden:

Bei welchen Sektoren scheinen Produktionsverlagerungen ins Ausland möglich?

Welchen Stellenwert hatten bisher Direktinvestitionen deutscher Unternehmer in den Anwerbeländern im Verhältnis zum gesamten privaten Kapitalexport?

Welche Voraussetzungen müssen die Bundesrepublik und die Anwerbeländer schaffen, um die privaten Direktinvestitionen in den betrachteten Ländern zu verstärken?

³⁾ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, a. a. O., Z. II. 8.

⁴⁾ Eine Unternehmerbefragung des HWWA-Instituts ergab, daß in 75 % der Fälle die Kosten vergleichbarer Investitionen im Inland höher sind als im Ausland. Vgl. Dietrich Kebschull, a. a. O., S. 19.

⁵⁾ Vgl. Ivo Bancic und Zivko Maravic: Die Bedingungen zur Rückkehr und Beschäftigungsmöglichkeiten für die im Ausland beschäftigten Arbeiter aus der Sozialistischen Republik Kroatien, Zagreb 1971, S. 61.

⁶⁾ Berechnet aus Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): ANBA – Jahresszahlen 1972, S. 14 und 56.

Bei der Frage nach den Sektoren kann davon ausgegangen werden, daß die standortgebundenen und die Dienstleistungen produzierenden Sektoren ihre Produktion oder Teile davon nicht ins Ausland verlagern können. Ebenso wenig sollten Sektoren im Ausland produzieren, die politisch oder militärisch wichtige Güter herstellen. Für eine Ganz- oder Teilauslagerung ins Ausland kommen sicherlich auch nur Betriebe ab einer bestimmten Größenordnung in Frage. Auch Sektoren mit einem erheblichen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften eignen sich kaum für Verlagerungen in die Anwerbeländer. Das heißt, daß die Sektoren Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Baugewerbe und private und öffentliche Dienstleistungen keine Produktionsverlagerungen ins Ausland vornehmen können. Es verbleibt letztlich nur der zusammengefaßte Sektor „Verarbeitendes Gewerbe“, bei dem Produktionsverlagerungen ins Auge gefaßt werden können.

In Tabelle 1 sind die Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Sektors aufgeführt, bei denen unseres Erachtens aufgrund der Produktionsweise ein – sicherlich unterschiedlich großes – regionales Mobilitätspotential vermutet werden kann. Diese Sektoren stellten 1972 26,4% aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik und beschäftigten rund 53,3% aller Ausländer. Die Ausländerquoten zeigen, daß es sich fast ausnahmslos um sehr „ausländerintensive“ Sektoren handelt. Produktionsverlagerungen in diesen Bereichen könnten also durchaus erheblich zur Minderung der Ausländerbeschäftigung beitragen. Dabei ist es natürlich sehr zweifelhaft, ob bestehende Produktionseinheiten realiter überhaupt in derartige Überlegungen einbezogen werden können. In Wirklichkeit dürften für Auslandsverlagerungen im großen und ganzen nur Neu-Investitionen in Betracht kommen.

Tabelle 1

Sektoren mit potentieller regionaler Mobilität

Sektorenbezeichnung	Beschäftigte 1)		Ausländerquote in % (3)
	insgesamt	Ausländer	
	(1)	(2)	
Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	609 040	66 667	10,9
Kunststoffbearbeitung	207 316	32 970	15,9
Gummi- und Asbestverarbeitung	129 711	32 363	25,0
Eisen- und Stahlerzeugung, Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Herstellung von EBM-Waren	928 380	190 160	20,5
NE-Metallerzeugung und -gießerei	124 348	25 217	20,3
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	131 479	29 491	22,4
Stahl- und Leichtmetallbau	217 828	39 341	18,1
Maschinenbau	1 123 669	165 778	14,8
Straßenfahrzeugbau	593 598	136 141	22,9
Schiffbau	64 850	11 287	17,4
Elektrotechnik	1 078 397	187 190	17,4
Feinmechanik und Optik; Herstellung und Reparatur von Uhren	154 310	25 682	16,6
Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	57 015	6 505	11,4
Holzverarbeitung, Polstermöbelherstellung	428 030	47 242	11,0
Papierherzeugung und -verarbeitung	192 294	35 209	18,3
Lederherzeugung und -verarbeitung	50 609	12 276	24,3
Herstellung von Schuhen aus Leder und Textilien	75 540	10 622	14,1
Textilgewerbe	454 826	105 495	23,2
Bekleidungs-gewerbe	376 175	58 595	15,6
Insgesamt	6 997 415	1 218 231	17,4
Gesamte Wirtschaft 2)	26 463 000	2 284 291	8,6

1) September 1972. 2) Jahresdurchschnitte.

Quelle: Siegfried Bullinger: Ausländerbeschäftigung, Arbeitsmarkt und Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungsberichte aus dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Nr. 4, Tübingen 1974, Tab. A 4; Statistisches Jahrbuch 1973, S. 137; Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1972 – Jahreszahlen, S. 14. (Sektoral gegliederte Ausländerzahlen für 1973 oder 1974 sind von der Bundesanstalt für Arbeit bisher noch nicht veröffentlicht.)

Ist diese Überlegung richtig, so ist damit auch der Spielraum abgegrenzt, den ein vermehrter Kapitalexport im Hinblick auf die Regulierung der Ausländerbeschäftigung in Zukunft bieten kann. Wird die Expansion mobilitätsfähiger Sektoren – soweit sie zusätzliche Arbeitskräfte erfordert – über private Direktinvestitionen in die Anwerbeländer verlagert, kann in diesem Bereich das Anwachsen des Ausländerbestandes vermieden werden. Werden zudem in den betreffenden Sektoren durch den technischen Fortschritt freigesetzte Arbeitskräfte nicht durch Erweiterungsinvestitionen wieder gebunden, stehen diese für die Expansion nicht mobilitätsfähiger Sektoren zur Verfügung. Ein zusätzlicher Bedarf an ausländischen Arbeitskräften dieser Sektoren könnte dadurch vermindert, kompensiert oder überkompensiert werden, wobei von der Größenordnung her eine Dämpfung des Anstiegs der Ausländerbeschäftigung wohl die realistischste Folge wäre.

Allerdings stimmt die Entwicklung der privaten Direktinvestitionen in den Anwerbeländern in der Vergangenheit nicht gerade optimistisch (vgl. Tabelle 2). Der absolute Bestand an privaten Kapitalexporten in allen angesprochenen Ländern ist zwischen 1961 und 1973 stark gestiegen. In Relation zur Gesamtsumme der deutschen Direktinvestitionen im Ausland konnten jedoch bisher nur Spanien, Italien und auch noch Portugal ihre Position nennenswert verbessern. Die EG-Zugehörigkeit Italiens und die bisherige politische Stabilität in Spanien und Portugal sowie Investitionen der Touristik-Branche waren wohl die entscheidenden Faktoren für diese Entwicklung. Griechenland konnte seine Position nur wenig verbessern, während der Anteil der Türkei am Bestand der deutschen Auslandsinvestitionen so-

gar gefallen ist. Für Jugoslawien ergeben sich Sonderprobleme aus dem Wirtschaftssystem, die einen Vergleich nicht zulassen. Gerade am Beispiel der Türkei zeigt sich, daß auch große Arbeitsmarktreserven ausländische Unternehmer nicht anlocken, solange es an komplementären Investitionsvoraussetzungen im weitesten Sinne fehlt.

Tabelle 2

**Private Direktinvestitionen deutscher Unternehmer
in ausgewählten Ländern
Bestand und Anteile 1961, 1969 und 1973**

	Bestand ¹⁾ (in Mill. DM)			Anteil an den gesamten privaten Direktinvestitionen im Ausland (in %)		
	30. 6. 61	31. 12. 69	31. 12. 73	30. 6. 61	31. 12. 69	31. 12. 73
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Griechenland	16	106	210	0,5	0,6	0,7
Italien	115	702	1 327	3,4	4,0	4,1
Jugoslawien	—	1	40	—	0,0	0,1
Portugal	8	68	198	0,3	0,4	0,6
Spanien	88	732	2 344	2,6	4,2	7,3
Türkei	20	91	131	0,6	0,5	0,4
Anwerbeländer	247	1 700	4 250	7,3	9,6	13,2
Gesamte Welt	3 396	7 618	32 235	100,0	100,0	100,0

¹⁾ gerundet.

Quelle: Bundesanzeiger, Nr. 65 vom 6. 4. 1972, S. 1; Zahlen für 1961 und 1973 vom HWWA-Institut zur Verfügung gestellt.

Die bisherige Entwicklung der deutschen Direktinvestitionen in den Anwerbeländern kann nicht befriedigen, wenn man im Kapitalexport eine Alternative zur Ausländerbeschäftigung sieht. Es müssen daher Voraussetzungen geschaffen werden, die Produktionsverlagerungen in die Anwerbeländer ökonomisch attraktiv werden zu lassen. Dies kann nur gelingen, wenn die notwendigen Maßnahmen zwischen der Bundesrepublik und den Anwerbeländern abgestimmt werden. Von seiten der Bundesrepublik erscheinen folgende Maßnahmen erforderlich:

Die Lohnkosten für ausländische Arbeitskräfte sollten in einem Maße erhöht werden, daß die Vorteile des niedrigeren Lohnniveaus in den Herkunftsländern in der Alternativkalkulation von Inlands- und Auslandsinvestitionen stärkeres Gewicht erhalten. Dies kann durch eine höhere Anwerbepauschale, eine Wirtschaftsabgabe oder durch gesteigerte Anforderungen an die Unterbringung und Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer zu Lasten der Unternehmen erreicht werden.

Alternativ könnte die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer in verlagerungsfähige Sektoren unterbunden werden. Allerdings besteht hier die Gefahr, daß diese Sektoren dann inländische

Arbeitnehmer aus regional „immobilen“ Sektoren abwerben. Zudem ist diese Maßnahme nicht marktkonform.

Die Ziele der sektoralen Strukturpolitik müssen mittel- und langfristig als stabiles Orientierungsdatum für die Unternehmerschaft offengelegt werden. Dabei muß deutlich werden, welche Sektoren im Sinne einer weltweiten sinnvollen Arbeitsteilung in Zukunft gefördert werden und welche Sektoren im Ausland bessere Existenzaussichten haben. International wenig konkurrenzfähige, arbeitsintensive Sektoren im Inland müssen nach und nach auf Schutzmaßnahmen wie Schutzzölle, Importkontingente und Erhaltungssubventionen verzichten, soweit sie nicht aus politischen oder militärischen Gründen im Inland angesiedelt bleiben sollen. Anpassungssubventionen zur Umstrukturierung im Inland und die Förderung von Auslandsinvestitionen müssen diese Entwicklung unterstützen.

Die Information über Investitionsmöglichkeiten in den Anwerbeländern muß verbessert werden. Die großzügige Unterstützung projektorientierter Studien durch die öffentliche Hand könnte auch bei kleineren Unternehmungen die Bereitschaft zu Auslandsinvestitionen steigern.

Ein staatlicher Kapitalexport zur Finanzierung industrienotwendiger Infrastrukturanlagen in den Anwerbeländern könnte den Anreiz zur Produktionsverlagerung erhöhen.

In den Anwerbeländern müßten folgende Voraussetzungen zum Anreiz für Direktinvestitionen vorliegen oder geschaffen werden:

Die politische Stabilität dieser Länder muß zunehmen. Wirtschaftspolitisch sollte vor allem der Bekämpfung extremer Inflationsraten Vorrang eingeräumt werden.

Planungen der Wirtschaftsentwicklung sollten den Raum für private Investitionen klar abgrenzen, der von Sozialisierungstendenzen frei gehalten werden muß. Die Entwicklung der bevorzugten Sektoren muß auch die Probleme der Rohstoff- und Materialzulieferung berücksichtigen.

Die für Industrieansiedlungen notwendigen Infrastruktureinrichtungen müssen bereitgestellt werden.

Die aus der Bundesrepublik und anderen Industrieländern zurückkehrenden Gastarbeiter müssen weiterhin für die Tätigkeit als Arbeitnehmer gewonnen werden. Das Arbeitspotential muß durch Schulung und Ausbildung für eine Industrietätigkeit vorbereitet werden. Ebenso müssen Führungskräfte für das industrielle Management in erhöhtem Maße ausgebildet werden.

Dieser Katalog wesentlicher Voraussetzungen für einen vermehrten Kapitalexport, die sich nur mittel- bis langfristig unter enger Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Anwerbeländern schaffen lassen, macht deutlich, daß sich ein vermehrter Kapitalexport kurzfristig nicht wesentlich auf die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung auswirken wird. Die aufgezeigten Grenzen für Produktionsverlagerungen ins Ausland lassen zudem erkennen, daß Kapitalexport nicht die Alternative zur Ausländerbeschäftigung sein kann.

Ein vermehrter privater Kapitalexport in die Anwerbeländer kann mittel- bis langfristig eine flankierende Maßnahme zur Reduzierung der Ausländerbeschäftigung sein. Eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung mit seiner Hilfe würde für die betroffenen Anwerbeländer die Folgen einer restriktiven Zuwanderungspolitik der Bundesrepublik mindern oder beseitigen. Um eine angestrebte Reduzierung oder ein Einfrieren der Zahl der beschäftigten Ausländer zu erreichen, bedarf es jedoch einer Reihe zusätzlicher Maßnahmen der Bundesrepublik.

Flankierende Maßnahmen

Neben die Förderung privater Kapitalexporte müssen marktkonforme Maßnahmen treten und Voraussetzungen geschaffen werden, die die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte erschweren. Dazu gehört die kurzfristige Anpassung des volkswirtschaftlichen Nachfragevolumens an die durch den Faktor Arbeit begrenzte Angebotskapazität. Die Verteuerung des „Imports“ von Arbeitskräften durch die Erhebung einer Wirtschaftsabgabe von Unternehmen, die Ausländer beschäftigen, muß gleichzeitig auf der Kostenseite neue Daten im Unternehmerekalkül setzen. Die

Verschiebung der Faktorpreisrelationen bei mangelnder Abwälzungsmöglichkeit dürfte den kosteninduzierten technischen Fortschritt auf Kosten der Arbeitskräftezuwanderung fördern. Eine langfristige sektorale Strukturpolitik mit offengelegter Zielsetzung muß produktivitätsstarke, international konkurrenzfähige Bereiche stärken und arbeitsintensive Sektoren, die unter internationalem Kostendruck stehen, Ländern mit überschüssigem Arbeitsangebot überlassen. Dies steigert die gesamtwirtschaftliche Produktivität und setzt im Inland Arbeitskräfte für produktivere Bereiche frei.

Die quantitative Faktorenpolitik muß Voraussetzungen für eine Aktivierung vorhandener Reserven des inländischen Arbeitspotentials (Frauen-, Teilzeitbeschäftigung) schaffen. Aufgabe der qualitativen Faktorenpolitik ist es, beim Faktor Kapital den technischen Fortschritt zu forcieren und den Faktor Arbeit durch Ausbildung und Umschulung an die geplanten Strukturwandlungen anzupassen. Dazu gehört auch die Verdrängung von Prestige Gesichtspunkten bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl. Unterstützt muß dieser Anpassungsprozeß durch eine gewerkschaftliche Lohnpolitik werden, die nicht auf starren intersektoralen Lohnrelationen beharrt, sondern Änderungen der Lohnstrukturen entsprechend den Knappheitsverhältnissen am Arbeitsmarkt zuläßt.

Nur der konzertierte Einsatz eines Bündels derartiger Maßnahmen kann über den Marktmechanismus den Ausländerzustrom dämpfen oder stoppen. Dabei ist die Förderung des privaten Kapitalexports nur eine – wenn auch eine wesentliche – Maßnahme unter mehreren. Weitere Verzögerungen beim Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente vergrößern die Gefahr einer marktinkonformen Begrenzung des Ausländerzustroms (z. B. Plafondierung, Kontingentierung) aus nicht-ökonomischen Gründen.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg über
die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

Jahresbezugspreis DM 90,- für das erste,
DM 25,- für jedes weitere Exemplar

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG